



GdP warnt Rot-Grün vor Wortbruch bei der Übernahme des Tarifabschlusses

10 000 Tarifbeschäftigte bei der Polizei, in Schulen und Hochschulen, in Universitätskliniken, Finanzämtern und Gerichten sind am 6. März dem Aufruf von GdP, ver.di und GEW gefolgt und haben die Düsseldorfer Innenstadt lahmgelegt. Mit dabei waren mehr als 2000 Mitglieder der GdP, die meisten davon in Uniform. Mit der Großdemonstration hatten die Gewerkschaften noch einmal den Druck auf die Bundesländer erhöht, um zu einen Tarifabschluss zu kommen. Dessen Ergebnis will die Landesregierung allerdings nur zum Teil für die Beamten übernehmen. Bleibt es dabei, begeht Rot-Grün Wortbruch.

Die Einkommen der Tarifbeschäftigten steigen in zwei Stufen um 5,6 Prozent. Die ersten 2,65 Prozent gibt es rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres, die restlichen 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014. Die Gewerkschaften haben zudem einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen für alle Beschäftigten und eine Übernahmeregulierung für die Auszubildenden durchgesetzt. Der Abschluss bleibt zwar hinter der ursprünglichen Forderung von 6,5 Prozent für 2013 zurück, liegt aber über der Inflationsrate.

Die GdP bewertet das Ergebnis der Tarifverhandlungen positiv. „Eigentlich hätten die Beschäftigten Anspruch auf eine Drei vor dem Komma gehabt“, sagte GdP-Tarifexpertin Jutta Jakobs, „aber mit dem jetzt erzielten Ergebnis hallten die Beschäftigten Anschluss an die Tarifentwicklung in den anderen Branchen, trotz der schwierigen Ausgangslage. Das ist wichtig, weil wir sonst in den kommenden Jahren keine besser qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den öffentlichen Dienst mehr gewinnen können.“ Positiv bewertet Jakobs zudem, dass der Versuch der Arbeitge-

ber, den Urlaubsanspruch der Beschäftigten zu reduzieren, verhindert werden konnte. Unmittelbar vor Redaktions-

schluss dieser Ausgabe gab es allerdings vermehrt Anzeichen dafür, dass die Landesregierung den Tarifabschluss nicht eins

zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Für die GdP ist das ein Wortbruch. Gleich nach Abschluss der Tarifverhandlungen in Potsdam hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert öffentlich darauf hingewiesen, dass die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. „Alle Beteiligten wissen, dass bei den Verhandlungen nicht nur die Tarifbeschäftigten mit am Tisch sitzen, sondern auch die Beamten. Die Kosten für ihre Besoldungsanpassung werden auch von den Ländern von vornherein mit eingerechnet. Bei der Übernahme des Tarifabschlusses für die 248 000 Beamtinnen und Beamten des Landes sieht die GdP Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) im Wort. „Zu Oppositionszeiten hat die heutige Ministerpräsidentin immer gefordert, dass die Beamten genauso von den Tarifierhöhungen profitieren, wie ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen“, sagte Plickert. Was zu Oppositionszeiten gilt, gilt erst recht, wenn ich in der Regierungsverantwortung stehe.“



Fotos: Manfred Vollmer/GdP, Jürgen Seidel/GdP

→ Seite 2





Auch Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) hatte sich in der Vergangenheit stets in die gleiche Richtung geäußert. Im Januar 2012 hatte er bei einer Veranstaltung des Beamtenbundes noch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die rot-grüne Landesregierung den letzten Tarifabschluss im Eilverfahren zeit- und inhalts-gleich auf die Beamten übertragen hat. „Damit haben wir unser Versprechen eingehalten, die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger keinen weiteren Sonderopfern auszusetzen und sie nicht von der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst abzukoppeln“, sagte Walter-Borjans.

Mit Blick auf die Zukunft erklärte er, dass die Personalausgaben als größter Ausgabenblock bei den anstehenden Konsolidierungsmaßnahmen zwar nicht außen vor bleiben können, dass das aber nicht zu weiterer Arbeitsverdichtung oder Sonderopfern der Beamten führen dürfe.

Gegenüber dem ver.di-Informationsdienst LBV aktuell erklärte er im vergangenen Jahr zudem: „Den letzten Tarifabschluss haben wir eins zu eins für die Beamten übernommen. Damit waren wir Vorreiter unter den Ländern. Wenn die Entscheidung für 2013 ansteht, wird es wieder Stimmen aus CDU und FDP geben, dass man da doch etwas einsparen kann. Ich finde, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Wenn wir qualifizierten Nachwuchs gewinnen wollen, muss das

Gehaltsgefüge stimmen.“ Auch im Koalitionsvertrag für die Jahre 2012 bis 2017 weisen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Forderungen nach neuen Sonderopfern der Beschäftigten zurück. Beide Regierungsparteien erklären, „dass das Land motivierte und qualifizierte Beschäftigte braucht“. Ihnen habe die Politik „in den letzten Jahren einen großen und zum Teil spürbaren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abverlangt. Diesen Beitrag der Beschäftigten erkennen wir ausdrücklich an“, heißt es dort.

Bekenntnisse in diese Richtung haben führende Koalitionspolitiker nach dem jüngsten Tarifabschluss allerdings vermieden. Stattdessen klagte Walter-Borjans öffentlich darüber, dass der Tarifabschluss das Land in den kommenden beiden Jahren mehr als 300 Millionen Euro kosten würde. Bei einer Übernahme des Abschlusses für die 248 000 Beamten kämen bis Ende 2014 weitere 1,4 Milliarden Euro hinzu. Eine Aussage, dass der Tarifabschluss in NRW nicht oder nur in Teilen auf die Beamten übertragen wird, vermied Walter-Borjans allerdings zunächst. Denn er weiß, das wäre ein Wortbruch gegenüber den Beschäftigten, der beiden Regierungsparteien im Vorfeld der Bundestagswahl schwer schaden würde.

Das enderte sich erst unmittelbar vor der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2013. Plötzlich erklärte Rot-Grün, dass der Tarifabschluss nur bis A 10 1:1 übernom-

men wird. Für A 11 und A 12 soll es nur 1 Prozent mehr geben, ab A 13 eine Nullrunde.

Mehr Zeit für Reform der A-Besoldung

Die massive Kritik der Gewerkschaften am Entwurf der Landesregierung für das Dienstrechtsanpassungsgesetz, mit dem unter anderem die A-Besoldung reformiert werden soll, hat dazu geführt, dass der Landtag das Gesetz nicht, wie ursprünglich vorgesehen, bereits im März verabschiedet hat. Die GdP hatte besonders auf die drohenden Einkommensverluste für neu eingestellte Polizeikommissare durch die von der Landesregierung geplante Umstellung der A-Besoldung auf Erfahrungsstufen hingewiesen und auf konkrete Verbesserungsgedungen (DP 3/2013). Der Landtag hat das Gesetz jetzt erstmal gestoppt, um sich detailliert mit der Kritik auseinanderzusetzen.

Ein endgültiges Ergebnis zeichnet sich noch nicht ab. Für die Kommissarsanwärterinnen und -anwärter der Ausbildungsjahrgänge 2010 bis 2012 steigen aber die Chancen, dass sie auch zu den Konditionen in das Beamtenverhältnis übernommen werden, die bei Beginn ihrer Ausbildung gegolten haben.



Deutlicher Zuwachs bei ermittlungsintensiven Straftaten

Bei der Jugendkriminalität gibt es einen historischen Tiefstand, die Zahl der Gewaltdelikte ist gesunken, und es gibt weniger Taschendiebstähle – das ist die positive Botschaft, mit der Innenminister Ralf Jäger Mitte März bei der Präsentation der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vor die Presse gegangen ist. Aber das ist nur die halbe Wahrheit, denn vor allem bei den ermittlungsintensiven Straftaten gab es im vergangenen Jahr einen starken Anstieg. Ein Umstand, auf den der Innenminister in seiner Präsentation der PKS nur in Bezug auf den Zuwachs bei den Wohnungseinbrüchen (7,5 Prozent) und bei der Internetkriminalität (13,5 Prozent) eingegangen ist. Doch ein Blick in die Statistik verriet, dass es auch in anderen, für das Sicherheitsempfinden der Bürger besonders sensiblen Bereichen einen deutlichen Anstieg der Kriminalität gegeben hat.

So stieg die Zahl der Raubdelikte im vergangenen Jahr um 1,7 Prozent auf 14 567 Taten. Beim Betrug lag der Zuwachs bei 11,5 Prozent (263 992 Fälle), bei Vergewaltigungen sogar bei 17,1 Prozent (2255 Fälle). Selbst da, wo die Polizei Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung verzeichnen konnte, trübt sich bei näherem Hinsehen meist das Bild.

So hatte der Innenminister in seiner Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass die Zahl der schweren Körperverletzungsdelikte auf 31 979 zurückgegangen ist (-4,1 Prozent). Nicht erwähnt hatte er aber, dass gleichzeitig die Zahl der leichten Körperverletzungen auf 86 769 gestiegen ist (+ 1,8 Prozent).

In ihrer Bewertung der PKS kommt die GdP deshalb zu anderen Schlussfolgerungen als der Innenminister. „Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Kriminalkommissariaten leisten eine hervorragende, oft bis an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit heranreichende Arbeit. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir viele Straftaten nur noch verwalten, statt die Täter zu verfolgen, weil uns dazu schlicht das Personal fehlt“, stellt Wolfgang Spies fest, der im Geschäftsführenden Landesvorstand für den Bereich Kriminalität zuständig ist.

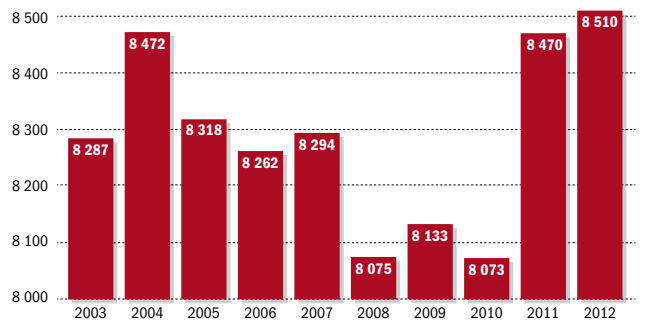
In einer unmittelbar nach Bekanntwerden der PKS-Zahlen verschickten Pressemitteilung hatte Spies zudem darauf hingewiesen, dass es im vergangenen Jahr in vielen Deliktbereichen einen Anstieg älterer

Straftäter gegeben hat. „Die Hoffnung vieler Politiker, dass die Kriminalität schon deshalb sinken wird, weil unsere Gesellschaft älter wird, wird sich nicht erfüllen“, warnte Spies vor falschem Optimismus. „Wir werden in den kommenden Jahren zwar einen Rückgang bei den jugendspezifischen Delikten erleben,

aber die Zahl der Straftaten insgesamt wird weiter steigen“, sagte Spies.

Höchster Stand seit 10 Jahren

Straftaten pro 100 000 Einwohnern in NRW



Quelle: Landeskriminalamt NRW, Polizeiliche Kriminalstatistik 2012



2012 wurden in NRW 1 518 363 Straftaten begangen. Mit 8510 Straftaten je 100 000 Einwohner ist das der höchste Stand der letzten zehn Jahre.

GdP setzt zusätzliche Neueinstellungen durch

NRW wird in diesem Jahr erstmals 1477 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen, statt der bislang geplanten 1400. Mit dieser Entscheidung reagierte die rot-grüne Landesregierung auf eine Forderung der GdP, die Zahl der Nachwuchspolizisten stärker an den tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, hatte die GdP Anfang Februar die „Initiative Polizei 2020“ gestartet. Sie war dabei in den Medien, aber auch bei vielen Landtagsabgeordneten auf eine breite Unterstützung gestoßen (DP 3/2013).

GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert lobte die Entscheidung der Landesregierung als wichtiges Signal, dass Rot-Grün die Sorgen der Bürger um die innere Sicherheit ernst nimmt. „Wir kennen alle die schwierige Haushaltssituation des Landes, aber die Menschen haben auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen ein Recht darauf, dass die Polizei sie vor Straftätern schützt. Deshalb ist es gut, dass Rot-Grün die Zahl der Neueinstellungen auf 1477 erhöht“, sagte Plickert. Dadurch ist sichergestellt, dass nach Abzug der Ausbildungsabbrecher am Ende des dreijährigen Bachelor-Studiums zumindest 1400 Nachwuchspolizisten bei den Polizeibehörden ankommen. Die Zahl der Polizisten, die aus Altersgründen aus dem Dienst ausscheiden, steigt

bis Ende dieses Jahrzehnts auf über 2000 pro Jahr. Deshalb fordert die GdP, dass die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei auch in den kommenden Jahren weiter steigt. „Weil die Pensionierungswelle erst ab 2018 stärker anschwillt, gewinnt die Landesregierung mit ihrer jetzigen Entscheidung aber drei Jahre Luft. Sie muss diese Zeit nutzen, um im Detail



Ohne zusätzliche Einstellungen gehen bis 2020 allein in Köln 189 Polizisten verloren.
Foto: GdP Köln

zu prüfen, welche Aufgaben in Zukunft von Polizeivollzugsbeamten noch ausgeübt werden sollen und wie viele Polizisten langfristig erforderlich sind, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten“, sagte Plickert. Die GdP werde sich an der dazu notwendigen Diskussion aktiv beteiligen, kündigte der GdP-Vorsitzende an.



Hooligans schneller anklagen

12 000 Gewaltfans sind der Polizei bundesweit bekannt, 4000 von ihnen gelten als so stark gewaltorientiert, dass sie für Ansprachen der Polizei, aber auch des eigenen Vereins und der Fan-Beauftragten nicht zugänglich sind. Sie sind die eigentlichen Problemfans. In einer Anhörung des Innenausschusses hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert Anfang

März gefordert, dass Polizei, Gerichte und Vereine konsequenter gegen die Gewaltfans vorgehen, und hat damit ein großes Medienecho ausgelöst.

In seiner Stellungnahme erinnerte der GdP-Vorsitzende daran, dass es nicht darum geht, einzelne Fangruppen auszugrenzen, auch keine Ultras. Aber es sei nicht hinnehmbar, dass eine kleine, überschaubare Gruppe den Fußball missbraucht, um unter dem Schutz anderer Fans schwere Straftaten zu begehen.

Um die wachsende Zahl von Gewalttaten verfeindeter Fangruppen zu begrenzen, fordert die GdP eine schnellere Ahndung der Strafen durch die Gerichte. „Oft vergeht mehr als ein halbes Jahr, bis nach einer Tat ein Verfahren gegen die Beschuldigten eröffnet wird. Die Täter fühlen sich dadurch zu neuen Straftaten ermutigt, die abschreckende Wirkung der Strafverfolgung geht völlig verloren“, beklagte Plickert.

Die GdP sieht aber auch die Polizei und die Vereine gefordert. Die Polizei müsse gegenüber Rädelsführern, gegen

die ein bundesweit wirksames Stadionverbot besteht, verstärkt Bereichsbetreuungsverbote und Meldeauflagen verhängen. „Ein Stadionverbot nutzt relativ wenig, wenn ein als gewaltsuchend bekannter Fan ungestört mit den anderen Fans zum Spiel anreisen und sich dann im unmittelbaren Nahbereich des Stadions aufzuhalten kann“, sagte Plickert. Hierzu bedürfe es einer klaren gesetzlichen Grundlage. Zudem sei es sinnvoll, dass im Fußballgeschehen erfahrene Richter und Staatsanwälte vor Ort erreichbar sind.

Von den Vereinen und dem DFB bzw. der DFL erwartet die GdP, dass die privaten Ordnungsdienste stärker in das Sicherheitskonzept eingebunden werden. „Die Begleitung und Betreuung der eigenen Anhänger bei Auswärtsspielen durch den vereinseigenen Ordnungsdienst sollte zwingend vorgeschrieben werden. Zudem hält die GdP die Zertifizierung der privaten Ordnungsdienste für notwendig, um höhere Qualitätsstandards durchzusetzen.

Wir für Euch!

Wir für Euch! – unter diesem Motto treten vom 11. bis 13. Juni 2013 junge Kolleginnen und Kollegen der GdP bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in der Polizei an. Wahlberechtigt sind rund 3500 Kommissarsanwärterinnen und -anwärter der Ausbildungsjahrgänge 2009, 2011 und 2012 sowie alle, die ihre Berufsausbildung bei der Polizei NRW absolvieren.

Eine örtliche JAV besteht in allen Ausbildungsbehörden (Aachen, Bonn, Köln, Bielefeld, Münster, Gelsenkirchen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hagen) sowie beim LZPD. Nicht nur diese werden neu gewählt, sondern auch die Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV), die die Interessen der Auszubildenden gegenüber dem Polizei-Hauptpersonalrat vertritt.

Über die JAV'en haben Beschäftigte der Polizei NRW schon während der Ausbildung die Möglichkeit, ihre Interessen selbst und unmittelbar in den Personalvertretungen geltend zu machen. Für die GdP ist das ein unverzichtbarer Bestandteil der gelebten Demokratie in der Polizei. Deshalb hat die GdP lange und hartnäckig dafür gekämpft, dass es eine JAV auch in der Polizei gibt.

Bei den letzten JAV-Wahlen 2011 konnte die GdP ein tolles Ergebnis erzielen: Das Vertrauen in die GdP spricht für die gute Arbeit der jungen GdP-Mitglieder, die sich in der JAV Tag für Tag für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Auch 2013 tritt die GdP wieder mit einem starken Team an und wirbt erneut um das Vertrauen der jungen Beschäftigten in der Polizei. Mehr Infos: jan.velleman@gdp-nrw.de

GdP dringt auf Veröffentlichung der Gewaltstudie

80 Prozent aller Polizeivollzugsbeamten, die Bürgerkontakt hatten, sind 2011 mindestens einmal Opfer eines nicht-tätlichen Angriffs geworden, mehr als die Hälfte wurden sogar tätlich angegriffen. In jedem zehnten Fall war der Angriff so schwer, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen mindestens einen Tag für den Dienst ausgefallen sind. Das zeigen die ersten Ergebnisse der im Frühjahr vergangenen Jahres durchgeführten Befragung unter den 39 000 Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW.

Für die GdP sind das erschreckende Zahlen. Wie groß das Ausmaß der Gewalt gegen Polizisten im Detail ist, und was dagegen getan werden kann, lässt sich aber erst dann beantworten, wenn die vollständigen Ergebnisse der Studie veröffentlicht sind. Doch genau daran hapert es zurzeit: Anfang März hatte Innenminister Ralf Jäger (SPD) dem Innenausschuss zwar einen vierseitigen Bericht mit den ersten Ergebnissen der „NRW-

Studie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ vorgelegt, doch konkrete Zahlen waren darin nicht enthalten. Der mehr als 80 Seiten starke Zwischenbericht der Kieler Forschungsgruppe von Professor Dr. Thomas Bliesener bleibt den Landtagsabgeordneten vorzuenthalten.

Die GdP hat dieses Vorgehen scharf kritisiert. „Dass mehr als drei Jahre nach dem Ausstieg von NRW aus der bundesweiten Gewaltstudie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen noch immer keine belastbaren Daten zu den Übergriffen auf die Polizeibeamten in unserem Land vorliegen, ist mehr als beschämend“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert gegenüber den Medien. „Die zahlreichen Polizisten, die sich im vergangenen Jahr an der NRW-Studie beteiligt haben, haben ein Recht darauf, endlich zu erfahren, wie sie besser gegen Angriffe geschützt werden können.“



Außerordentlicher Landesdelegiertentag

Foto: Manfred Vollmer/GdP



Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Das gilt auch für Gewerkschaften und ihre Organisationsstrukturen. Für den 18. April hat der Landesbezirk NRW deshalb ihre Delegierten zu einem eintägigen außerordentlichen Landesdelegiertentag eingeladen, um über die Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen des Landesbezirks zu beraten. Neben der Frage, wie die Anzahl der Kreisgruppen stärker am Zuschnitt der 47 Kreispolizeibehörden in NRW ausgerichtet werden kann, sollen die Delegierten auch darüber entscheiden, ob die Zahl der Teilnehmer an dem alle vier Jahre stattfindenden Landesdelegiertentag reduziert wird. Dadurch würden Ressourcen frei, die für eine Stärkung der politischen Arbeit der GdP genutzt werden können. Die Einberufung des Satzungsdelegiertentags geht auf einen Beschluss des letzten ordentlichen Delegiertentags vom April 2010 zurück.

Glücksnummern des Monats

Ausgabe: 4/2013
45 22538
Rainer Koch, Herford
45 20640
Thomas Stotzem, Erftkreis
45 23709
Julian Richwald, Duisburg
45 20041
Maximilian Wahlen, Aachen

Die Gewinner erhalten die Filz Business-Mappe „Feeling“.

Wir sind die GdP



Pünktlich zum erneuten Wintereinbruch fand am 10. März zum ersten Mal der GdP-Schneetreff im Alpincenter Bottrop statt. Dort steht die längste Skihalle der Welt und bietet Abwechslung für alle Wintersportler, vom Anfänger bis zum Experten. Über 200 Kolleginnen und Kollegen haben das Angebot der GdP in Anspruch genommen und haben mit ihren Familien und Freunden einen abwechslungsreichen Tag verbracht. „Unser Sohn wollte uns gerne mal zeigen, wie gut er mittlerweile Ski fahren kann, und da kam uns der GdP-Schneetreff sehr gelegen“, so Petra Heukeshofen aus der Kreisgruppe Warendorf. Sie war mit ihrer Familie da und fand die Aktion im Alpincenter Bottrop super. Sie selber hat als Anfängerin einen ganzen Tag lang die Skischule besucht und war am Ende des Tages sehr zufrieden. „Wenn es in diesem Jahr noch mal einen Schneetreff gibt, sind wir wieder mit dabei, ansonsten auf jeden Fall im nächsten Jahr“, meint Petra Heukeshofen.

Neben dem sportlichen Angebot konnten sich die GdP-Mitglieder in den Pausen am Büfett für die nächste Runde im Schnee stärken oder sich am Infostand informieren und Handwärmer gegen die Kälte bekommen. Alles in allem war es auf jeden Fall nicht der letzte GdP-Schneetreff. Im kommenden Winter heißt es wieder: GdP mitten im Schnee.

GdP aktiv

10. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, Kantine Kreishaus, Hauptstr. 92, Schwelm, Anmeldung Tel.: 0 23 36/ 91 66-15 01

11. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Hamm, 16.30 Uhr, Tennis-Vereinsheim SV 26 Heessen, Anmeldung bei Roland Knapkorte, Tel.: 0 23 81/8 76 40 34

22. 4., Autorenlesung von Peter Jamin aus dem Sachbuch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ und anschließende Dis-

kussion mit dem GdP-Vorsitzenden Adi Plickert, 20.00 Uhr, „Ohme Jupp“, Ratinger Straße, Düsseldorf

25. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 16.00 Uhr, Bürgerkeller der AWO, Ostenwall 40, Hamm

29. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, 16.30 Uhr, Polizeipräsidium, Raum 120, Friesenring 43, Münster



Frauengruppe fordert bessere Rückkehrmöglichkeiten zur Vollzeitarbeit

Internationaler Frauentag, 8. März 2013, ein wichtiges Datum – auch für die Frauengruppe der GdP. Im Fokus des diesjährigen Internationalen Frauentages stand für die GdP-Frauen die Forderung „Altersarmut von Frauen verhindern“. Sowohl die Kolleginnen im Tarifbereich, als auch Polizeivollzugsbeamten sind hier konkret betroffen: Rentensenkung, Teilzeitarbeit, Arbeitsunterbrechung durch Familie und Kinder, Trennung von Partner – die Konsequenzen sind auch im Polizeibereich genau diese Armut im Alter, die materielle Versorgung reicht nicht für einen würdigen Ruhestand.

Am 8. März hieß es deshalb auf dem Bertha-von-Suttner-Platz am Düsseldorfer Hauptbahnhof: Wir kämpfen gegen Altersarmut von Frauen. Bei dieser ge-

meinsamen Aktion von Landes- und Bundesfrauengruppen der GdP trafen sich 20 Kolleginnen, unterstützt von der Landesbezirksgeschäftsstelle. Mit vorbereiteten Forderungen auf großen Tafeln wurden mit sehr vielen Passantinnen aktiv diskutiert: „Die Renten müssen steigen“, „Wer Teilzeit arbeitet, muss eine schnelle und einfache Möglichkeit zurück zu einem Vollzeit-arbeitsplatz finden“, „Deutschland braucht den Mindestlohn“, „Die Pensionen dürfen nicht sinken“, stand auf den Tafeln. Über 500 Rosen wurden verteilt,



Foto: Uschi Barrenberg/GdP

bei peppiger Frauen-(Rock-)Musik wurden Argumente ausgetauscht und viele Fotos gemacht.

Mehr Fotos: www.gdp-nrw.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-174
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der Mai-Ausgabe
ist der 5. April 2013.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 4. Jutta Gieshoidt, Recklinghausen
- 4. 4. Anneliese Katzemich, Köln
- 9. 4. Elfriede Meyer, Leopoldshöhe
- 10. 4. Anneliese Lange, Bielefeld
- 13. 4. Emmi Klinge, Wesel
- 15. 4. Hans Becker, Frechen
- 23. 4. Helga Berfelde, Düsseldorf
- 26. 4. Kurt Grewing, Düsseldorf
- 29. 4. Anneliese Brinker, Bielefeld

91. Geburtstag

- 3. 4. Walter Nitschke, Rheinbach
- 4. 4. Gertrud Niessen, Köln
- 12. 4. Franziska Struth, Essen
- 17. 4. Gustav Mouritz, Krefeld
- 18. 4. Anni Potthoff, Herne
- 20. 4. Anna-Maria Ames,
Mönchengladbach
- 28. 4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld

92. Geburtstag

- 8. 4. Karl Leike, Lemgo
- 10. 4. Erna Hubrich, Wilnsdorf
Johanna Kurtz-Podschun, Köln
- 12. 4. Margarete Pieperit, Köln
- 20. 4. Frieda Philipp-Bönisch, Bochum
- 21. 4. Fritz Neunzig, Lohmar

93. Geburtstag

- 10. 4. Franz Klein, Köln
- 11. 4. Irma Breunig, Aachen
Hedwig Ufermann, Oberhausen
- 16. 4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
Frieda Salchow, Bielefeld
- 22. 4. Hildegard Garloff, Harsewinkel
Ilse Packebusch, Haltern
- 23. 4. Anneliese Schneider, Waldbröl
- 27. 4. Babette Sobiech, Herten
Katharina Wiemers, Kiel
- 28. 4. Stefan Kremer, Bergisch Gladbach

94. Geburtstag

- 10. 4. Wilhelm Kramer,
Schloß Holte-Stukenbrock
- 24. 4. Maria Wolter, Mechernich

97. Geburtstag

- 18. 4. Herta Hemmer, Gelsenkirchen

98. Geburtstag

- 1. 4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe

101. Geburtstag

- 28. 4. Mathilde Schulte, Bochum

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**

in Kurzfassung - April 2013



Nur noch wenige Restplätze verfügbar!

Bundesseniorenfahrt 2013 an die Costa de la Luz/Spanien



2 Wochen ab 27.9.2013

- Zug zum Flug
- Flug ab versch. deutschen Flughäfen nach Jerez de la Frontera
- Transfer Flughafen - Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im 4*-Hotel Valentin Sancti Petri
- Alles inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- GdP-Abend
- GdP Reisebegleitung

Reisepreis pro Person
im Doppelzimmer ab € 1.249,-

1 Woche Rundreise "Andalusische Impressionen" (HP)
+ 2 Wochen Bundesseniorenfahrt (AI)
20.9. - 11.10.2013

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 2.039,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de



Mehr soziale Gerechtigkeit

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. – unter diesem Dreiklang gehen in diesem Jahr die Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße. Forderungen, die auch für die Beschäftigten der Polizei von immer größerer Bedeutung werden. Denn gute Arbeit bedeutet Schutz vor einer immer größer werdenden Arbeitsverdichtung und das Recht auf eine Arbeitszeitgestaltung, die berufliche Erfordernisse und privat gestaltbare Freiräume in Einklang bringt. Sichere Rente heißt, dass auch Tarifbeschäftigte einen

Anspruch auf ein Erwerbseinkommen haben, das nicht in Altersarmut mündet. Soziales Europa heißt, dass die Politik der ungezügelt Deregulierung und des freien Kapitalverkehrs endlich soziale Leitplanken bekommt, weil wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger wollen, nicht ein Europa der Banken. Deshalb werden sich auch in diesem Jahr wieder in vielen Städten in NRW GdP-Mitglieder an den 1.-Mai-Kundgebungen des DGB beteiligen.

Die zentrale Mai-Kundgebung findet in diesem Jahr in Duisburg statt. Dort wird neben dem nordrhein-westfälischen DGB-Vorsitzenden Andreas Meyer-Lauber auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) zu den Demonstranten reden. Die GdP wird mit einem Stand präsent sein.

Prominente Mai-Redner in NRW sind in diesem Jahr außerdem der IG-BAU-Vorsitzende Klaus Wiese (Solingen), der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg (Gelsenkirchen), die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (Remscheid), der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann (Olpe), und der SPD-Bundvorsitzende Sigmar Gabriel (Essen). Die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs wird in Essen zu den Demonstranten reden. Landesvorsitzender Arnold Plickert wird an der zentralen Mai-Kundgebung in Duisburg teilnehmen.

Mehr Infos zu den Mai-Kundgebungen: www.nrw.dgb.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Dortmund

10. April, Jahreshauptversammlung der Seniorengruppe, Treffpunkt: 16.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Markgrafenstr. 102, 44139 Dortmund

Kreisgruppe Köln

18. April, Informationstreffen, Martin Plange-Thönessen referiert zum Thema „Senioren im Straßenverkehr“, Partner/-innen und jüngere Kollegen/-innen sind herzlich eingeladen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

BV Münster

10. April, APS-Sitzung zum Thema „Vorbereitung der BV-Seniorenkonferenz“, Treffpunkt: 9.30 bis ca. 16.00 Uhr, Casino des LAFP (früher Polizeischule „Carl Severing“), Weseler Str. 264, 48151 Münster

Kreisgruppe Unna

24. April, Senioren-Klönnachmittag, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Café Bistro im Park, Luisenstr. 22, 59425 Unna-Königsborn



Anzeigen

PK (geh. D/A 9) aus Rheinland-Pfalz/PP Koblenz sucht gegen Umzugskostenbeitrag
Tauschpartner aus Nordrhein-Westfalen.
Beagle1002003@yahoo.de

Suche dringend Tauschpartner für Bundeslandwechsel von RLP -> NRW

Ich bin PK (g. D. A9) und möchte dringend nach NRW wechseln. Ich bin für das PP Koblenz eingestellt. Bitte alle Tauschwilligen unter fi81fr@googlemail.com melden. (egal ob m. D., übergeleitet oder g. D.)

NACHRUF

Karl Bissen	21. 2. 1925	Düsseldorf	Elfriede Lenzen	26. 2. 1927	Mönchengladbach
Rolf Durczak	18. 12. 1943	Oberhausen	Walter Lingstädt	14. 11. 1926	Unna
Gertrud Filz	14. 8. 1917	Euskirchen	Marta Lubowski	19. 10. 1920	Duisburg
Margarete Fischer	6. 8. 1916	Bergisches Land	Heinrich Morschel	26. 2. 1924	Wesel
Ursula Gerdau	29. 10. 1932	Ennepe-Ruhr	Margarete Oestreicher	5. 10. 1914	Köln
Kurt Godehardt	22. 2. 1925	Gelsenkirchen	Gerhard Raulf	4. 5. 1949	LZPD NRW
Helmut Gunt	27. 10. 1921	Dortmund	Hilde Riesner	3. 11. 1919	Bochum
Dietrich Haack	30. 4. 1932	PAI Bochum	Gerhard Schulz	7. 4. 1958	Hochsauerlandkreis
Michael Hackl	29. 8. 1917	Köln	Joachim Stallmann	17. 1. 1937	Minden-Lübbecke
Werner Kawemann	15. 9. 1967	Märkischer Kreis	Lothar Stöcker	15. 5. 1927	Dortmund
Manfred Krafft	20. 2. 1929	Coesfeld	Udo Stoike	7. 4. 1958	Düsseldorf
Karl Heinz Krawies	26. 8. 1925	Köln	Reinold von Ostrowski	13. 7. 1926	Bochum
Jürgen Krüger	8. 7. 1949	Dortmund			

